

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Zuträgen; einzelne Nummern 15 Pf
: Gemeinde-Verbands-Girokonto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Pettizelle 20 Reichspfennige, Eingeladent und
Reklamen 80 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Tschne. — Druck und Verlag: Carl Tschne in Dippoldiswalde.

Nr. 283

Freitag, am 5. Dezember 1930

96. Jahrgang

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Bei dem Outsbefitzer Paul Böhme in Oberhäslich waren am 1. April in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends mittels Einschleichens aus dem verschlossenen Wohngebäude 1 grauer Anzug im Werte von 40 RM., 1 Paar schwarze Herrenschuhe im Werte von 7 RM., 1 Brot und 1 Stück Butter gestohlen worden. Der Verdacht lenkte sich auf den früher bei Böhme bediensteten und wegen gleicher Delikte wiederholt vorbestraften Wirtschaftsgehilfen Robert Krugalla, geboren am 31. 5. 01. Krugalla wurde auch deshalb am 2. Oktober festgenommen und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Bei seiner richterlichen Vernehmung gab er zu, den Diebstahl ausgeführt zu haben. Gestern hatte er sich nun deshalb vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. In der Hauptverhandlung bestritt er die Tat und widertief sein früheres Geständnis. Es nahte ihm aber nichts; er galt als überführt und wurde wegen einfachen Rückfallsdiebstahls zu 1 Jahr Zuchthaus und Ertragung der Kosten verurteilt. — Der am 26. 5. 88 geborene Futtermittelhändler Emil Böhme in Ruppendorf war angeklagt, am 25. Juni in seiner Wohnung einen im Dienst befindlichen Gerichtsvolkshier des Amtsgerichts Dippoldiswalde, der bei ihm einen Pfändungsauftrag ausführen wollte, durch Bedrohung mit Erschießen und Erstickern an der Durchführung seines Auftrags behindert, und in bezug auf den Gerichtsvolkshier und zu dessen Gehör zu seiner Ehefrau u. a. geäußert zu haben: „Die Lumpen müssen erst einmal arbeiten lernen.“ In der gestrigen Hauptverhandlung bestritt der Angeklagte diese Behauptung gefast zu haben. Er wurde wegen eines Vergehens nach § 114 StGB, zu 2 Wochen Gefängnis und wegen eines Vergehens nach §§ 185, 196 StGB, zu einer Geldstrafe von 30 RM., hilfsweise 6 Tage Gefängnis, rechtskräftig verurteilt. Er hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Der Zimmermann Robert Gärtner in Saida bei Kreischa erhielt am 8. Oktober vom hiesigen Amtsgericht einen Strafbefehl über 100 RM., hilfsweise 10 Tage Gefängnis, weil er in der Zeit von 1926 bis zum 20. Mai ds. Js. an seinem Elektrizitätszähler mittels eines kupfernen Ueberbrückungsbügels die Zählerspule kurz geschlossen und hierdurch den von dem Elektrizitätswerk Elbsalzentrale zu Pirna gelieferten Strom über diesen Bügel und nicht mehr durch die hierzu vorgesehene plombierte Leitung einschließlich des Zählergerätes dem Netze entnommen haben sollte, obwohl er wissen mußte, daß er zu einer solchen widerrechtlichen Aneignung kein Recht hatte. Entgegen dem Stromlieferungsvertrag wurde das Werk finanziell geschädigt. Gärtner legte gegen diesen Strafbefehl Einspruch ein und beantragte gerichtliche Entscheidung. In der gestrigen Hauptverhandlung machte der Angeklagte geltend, daß er den Bügel an der elektrischen Leitung nicht angebracht habe. Das Gegenstück konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Er wurde deshalb von der Anklage freigesprochen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Die Ar-Ri-Lichtspiele bringen diese Woche einen Zirkus-Großfilm „4 Teufel“, außerdem ein sehr reichhaltiges Beiprogramm.

Reinhardtsgrimma. Von einem bei Böttchermeister Behr hier aufgestellten Standard-Motoröl-Wagen haben unbekannte Täter durch Erbrechen des Mechanismus 19 l Öl (Winteröl) aus einem Behälter gestohlen. Der Wert des Oeles beträgt 26.60 RM. Sachdienliche Mitteilungen werden an den Gendarmerieposten Dippoldiswalde erbeten.

Dresden. An der Kreuzung der Dohnaer Straße und Alilodwitz fuhr am Mittwoch nachmittag ein Personkraftwagen gegen den hinteren Kotflügel eines Tankwagens. Der Führer des Personkraftwagens, ein 47-jähriger Geschäftsführer aus Dresden, kam mit Schnittwunden davon; seine 45 Jahre alte Ehefrau und seine neben ihm sitzende 19 Jahre alte Tochter wurden schwer verletzt und mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Dresden. Im Ministerialblatt für die Sächsische innere Verwaltung werden die Polizeibehörden angewiesen, zur Hebung der Verkehrssicherheit auf die Befolgung der bestehenden Vorschriften über die Führung eines vorchriftsmäßigen hinteren Leuchtzeichens durch Radfahrer besonders scharf zu achten.

Dresden. Vor kurzem erschien bei der hochbetagten Witwe eines Offiziers in der Roszinskapstraße ein jüngerer Mann und sagte dieser, daß er sie unter vier Augen sprechen müsse, um ihr eine freundliche Mitteilung zu machen; sie möge ihre anwesende Köchin aus dem Zimmer schicken. Die 85-jährige Greisin ließ ihre Köchin hinausgehen, da der Mann

Parlamentarischer Kampf der Parteien

Die Aussprache über den Sparetat

Berlin, 4. Dezember.

Im Reichstag nahm am Donnerstag die große Aussprache über den Haushalt 1931 ihren Anfang. In sie eingeschlossen wurde die Rotorordnung vom 1. Dezember sowie die verschiedenen Anträge auf Aufhebung der Rotorordnung, über Stbilfe, Vollstreckungsschutz, landwirtschaftliche Verhältnisse und verschiedene Steuern. Inzwischen ist auch

ein Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei gegen das Reichskabinett eingegangen.

Den Reigen der Ertredner eröffnete der Abgeordnete Kell (Soz.), der u. a. erklärte, daß die Sanierungspläne des Kabinetts Brüning nicht den Beifall der Sozialdemokraten fänden; sie vernichteten vor allem größere Spararbeit beim Etat der Reichswehr, die sie jedoch nicht vermindert wissen wollten, nachdem die anderen Staaten bisher nicht den ersten Willen zur Abriistung gezeigt hätten. Die Sozialdemokratie würde alle Kraft auf die Milderung der sozialen Ungerechtigkeiten der Rotorordnung konzentrieren, die besonders bei den Bestimmungen über die Sozialversicherung und über die Bürgersteuer zu beobachten seien.

Die Lage sei heute nicht mehr die gleiche wie bei der Just-Verordnung; bei weiterer Verzögerung der Sanierung würde die Zahlungsfähigkeit des Reiches in Frage gestellt. Eine vollständige Aufhebung der neuen Verordnung würde schwere Gefahren heraufbeschwören

(kommunistischer Jurist: „Das ist der Dreh für das sozialdemokratische Einschwenken.“). Die Sozialdemokratie werde durch Initiationsanträge Änderungen in der Frage der Futtermittelzölle zu erreichen suchen. Ferner werde sie beantragen ein Kartell- und Monopolschutzgesetz, Maßnahmen gegen den Bodenwucher und schärfere Erfassung der Lantienem und Spekulationsgewinne.

Abg. Feder-Sachsen (Nat.-Soz.) führte aus, dem Kabinett Brüning fehle die nach der Verfassung notwendige Existenzgrundlage. Der Etat 1931 werde vorgelegt, obwohl der Etat für 1930 noch nicht ordnungsmäßig erledigt ist. Hinter verschiedenen Ministern dieses Kabinetts stehe nicht einmal eine Fraktion. Nach der Verfassung bedürfe jede Regierung zur Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Seine Fraktion wolle den Reichstag zu einer klaren Entscheidung dieser Frage nötigen und bringe deshalb einen Vertrauensantrag für die Regierung ein. Daß seine Fraktion selbst zu einer solchen Regierung kein Vertrauen haben kann, sei selbstverständlich.

Die Nationalsozialisten seien durchaus nicht Gegner der Republik, und würden ihr gern dienen, wenn Adolf Hitler einmal an ihrer Spitze stehe

(Wachen links). Das werde sicher einmal geschehen, denn seine Bewegung wachse ins Gigantische. Die Erfüllungspolitik hatte das Ergebnis, daß Deutschland mit 50 bis 60 Milliarden verschuldet ist. Von dem versprochenen Preisabbau des Kabinetts Brüning sei nur der Lohn- und Gehaltsabbau übriggeblieben. Im übrigen seien die Nationalsozialisten nicht Eigentumsfeinde, sondern erkennen das Privateigentum an und wollten es unter staatlichen Schutz stellen. Sie seien gegen die Sozialisierung der produzierenden Wirtschaft, wollen aber die Verstaatlichung von Handel, Verkehr und Geldwesen. Die Mammutkonzerne müßten natürlich verschwinden.

auf seiner „Dienstvorschrift“ bestand. Dann ersuchte er um eine Spende für die Krüppelhilfe. Als die Dame ihrem Sekretär das Geldtäschchen entnommen hatte, machte sich der Unbekannte daran zu schaffen und verließ plötzlich unter einer Warnung das Zimmer. Als die vor Schreck über das Benehmen ganz konsternierte Dame mit ihrer Köchin in dem Geldtäschchen nachsah, war ein Fünzigmarkschein, der momentane Geldbesitz der Greisin, verschwunden. Bisher ist festgestellt worden, daß der dreifache Bursche, der schon mehrfach unter einem Vorwand da war, auch bei anderen alten Offizierswitwen sein Mandat verlor, hier allerdings mit weniger Erfolg.

Heidenau. Ein in der Albertstraße wohnender Tischler W. hatte am Mittwochnachmittag bei einem Bekannten aus Gefälligkeit einige Arbeiten ausgeführt und nahm auf dessen Anerbieten hin einige Flaschen Bier mit nach Hause. Als er aus einer der Flaschen trank, bemerkte er plötzlich einen unangenehmen Geschmack; er spuckte, was er in der Munde hatte, aus, hatte aber schon einige Schlucke hinunter. Es wurde dem Mann sehr übel; er empfand starken

Deutschland werde in Zukunft nationalsozialistisch oder kommunistisch sein; was dazwischen ist, werde zerrieben.

Reichsfinanzminister Dietrich

legte aus, mit dem Vorredner sei er sich darin einig, daß das selbständige Gewerbe geschützt werden müsse vor der Gefahr, von den Großkonzernen aufgefressen zu werden. Die Zinsenkung werde am besten dann erreicht, wenn Deutschland politisch und wirtschaftlich stabil wird. Das erste Mittel dazu sei die Annahme des vorgelegten sparsamen Etats. Wir ständen vor der Frage, wie die Gemeinden die schweren Lasten für die Wohlfahrts-Erwerbslosen aufbringen können und litten auch darunter, daß zwar nicht das Reich, aber die deutsche Wirtschaft kurzfristige Auslandsschulden hat. Darum müsse eben durch eine Sanierung der Reichsfinanzen das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wiederhergestellt werden.

Wenn Jeder Deutschlands Gesamtverschuldung auf 50 bis 60 Milliarden angebe, so übersehe er, daß auch der Siegerstaat England 50 Milliarden Schulden hat. Die Inflation sei nicht verbrecherisch gemacht worden, sondern sei die Folge des zweiten Krieges gewesen, den wir geführt haben gegen die Ruhrbesetzung. Die Kriegsschuldbehauptung im Versailler Vertrag habe Deutschland niemals anerkannt.

Im übrigen brauche Deutschland keine ausländischen Vorbilder, wenn es gilt, an der Ueberwindung seiner Not zu arbeiten. Die deutsche Reichsregierung habe auch kein anderes Ziel, als die Ehre und Freiheit unseres Volkes zu verteidigen.

Abg. Stöcker (Komm.) polemisierte zunächst scharf gegen die Nationalsozialisten: Sie predigten gegen Juden, Bank- und Bürgenfürsten, aber ihre Taten richteten sich nur gegen die revolutionären deutschen Arbeiter, von denen sie schon hunderte ermordet hätten. (Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und viele andere Abgeordneten verließen den Saal.) Stöcker meint, die Kommunisten seien die einzige antikapitalistische und antisozialistische Partei. Die Sozialdemokraten seien schon dabei, umzufallen und die Diktatur-Regierung Brüning zu retten.

Abg. Erfing (Ztr.) richtete an die Nationalsozialisten die Frage, warum von ihnen nicht ein klares Sanierungsprogramm an Stelle des von ihnen bekämpften Regierungsprogramms vorgetragen würde. Der deutschnationale Parteiführer Hugenberg habe auf sein Vieseswerben um die Nationalsozialisten von dem Organ des Dr. Goebbels die Antwort erhalten, die Nationalsozialisten wollten nichts zu tun haben mit dem sinkenden Mißtrauen einer verwesenden bürgerlichen Partei. Die Agitationspolitik der Parteien in den vergangenen Jahren habe es verschuldet, daß die auf dem Papier errechneten Etats der Wirklichkeit nicht standgehalten hätten. Es sei zu begrüßen, daß die Regierung beim vorliegenden Etat den Mut zur unpopulären Spararbeit gehabt habe. Die Steuern seien bis zum äußersten angepannt. Die durch die erhöhte Tabaksteuer in ihrer Existenz gefährdeten Angehörigen des Gewerbes müßten entschädigt werden, nötigenfalls über die jetzt vorgesehene Termine hinaus. Von den Deutschnationalen und neuerdings auch von der Wirtschaftspartei werde der Kampf gegen den Marxismus gepredigt. In Wirklichkeit richte sich der Kampf aber gegen die Sozialpolitik, und hinter dem

Schmerz. Der herbeigerufene Arzt ordnete die sofortige Ueberführung nach dem Johanniterkrankenhaus an. Dort ist W. nach kurzer Zeit gestorben. Es steht noch nicht fest, ob in der Bierflasche Salzsäure gewesen ist; es wird aber vorläufig angenommen.

Limbach (Sa.). In der an der Peniger Straße gelegenen Roscherischen Färberei gerieten nach Mitternacht die in einem vor dem Dampfkegel angebrachten eisernen Kohlenbunker gelagerten Kohlenvorräte in Brand und drohten den gesamten Fabrikkomplex in Flammen zu setzen. Glücklicherweise entdeckte das Heizpersonal die drohende Gefahr so rechtzeitig, daß die Bunker entleert und die brennenden Kohlen abgelöscht werden konnten, ehe das Feuer größere Dimensionen annahm.

Zwickau. Der Rat hat damit begonnen, die amtlich festgestellten Kleinverkaufspreise in Zwickau für Lebensmittel und Gebrauchsartikel öffentlich bekanntzugeben.

Wetter für morgen:

Keine wesentliche Veränderung.